

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Wirtschaftsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 354) betreffend Betreibung von zusätzlichen Buslinien nach Graz durch private Busunternehmen (Zahl 22 - 257) (Beilage 443).

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Betreibung von zusätzlichen Buslinien nach Graz durch private Busunternehmen, in ihrer 03. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 25. November 2020, beraten.

Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johann Tschürtz den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Wirtschaftsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Betreibung von zusätzlichen Buslinien nach Graz durch private Busunternehmen, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Rita Stenger, BEd beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 25. November 2020

Der Berichterstatter:

Johann Tschürtz eh.

Die Obfrau des Wirtschaftsausschusses  
als Vorsitzende der gemeinsamen Sitzung:  
Melanie Eckhardt, MSc eh.

An die  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Frau Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 25. November 2020

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen  
und Kollegen zum selbständigen Antrag 22 - 257, welcher abgeändert wird  
wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließungsantrag**

### **Entschließung des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend Buslinien für PendlerInnen im Südburgenland**

Viele Arbeitnehmer aus dem Südburgenland nutzen täglich die Buslinie G1 um ihren Arbeitsplatz in Wien zu erreichen. Graz, als zweitgrößte Stadt Österreichs und in zumutbarer Tagespendlerdistanz aus dem Südburgenland gelegen, war bislang öffentlich nur aus dem Bezirk Jennersdorf gut zu erreichen. Um auch PendlerInnen aus den Bezirken Güssing und Oberwart die Möglichkeit zu bieten, wochentags nach Graz zu pendeln, wurde letztes Jahr der Prozess zur Initiierung einer Buslinie Güssing – Graz bzw. Oberwart – Graz gestartet.

Im Rahmen des EU-Projektes „Connect2CE“, bei dem die Mobilitätszentrale Burgenland Projektpartner und das Land Burgenland strategischer Partner waren, wurden Fahrgastpotentiale für die angesprochenen Regionen erhoben. Rund 300 Erwerbsspendler aus dem Bezirk Oberwart und rund 250 aus dem Bezirk Güssing haben Graz als Erwerbssort. Hinzu kommen nochmals rund 160 Studierende aus den Bezirken Oberwart und Güssing.

In einem ersten Schritt wurde Anfang März die Verbindung Oberwart – Hartberg – Graz bzw. Güssing – Fürstenfeld – Graz als Verlängerung zweier bestehender steirischer Postbuslinien ins Leben gerufen. Diese Linien sind, aufgrund der Bedienung steirischer Haltestellen, für burgenländische Fahrgäste nicht die beste Lösung, da die Fahrzeiten 1 Stunde und 45 Minuten oder auch mehr in eine Richtung betragen.

Um den Betrieb für burgenländische Fahrgäste effizienter zu gestalten und zu optimieren, ist es notwendig eine möglichst direkt geführte Kursführung zu verwirklichen. Dadurch sollen Fahrzeiten von 90 Minuten in eine Richtung ermöglicht werden. Gerade im öffentlichen Verkehr hat das Land eine Grundversorgung sicherzustellen, denn private Unternehmen wollen natürlich hauptsächlich jene Strecken bedienen, die ein großes Einzugsgebiet haben und somit lukrativ sind. Der Auftrag die Grundversorgung sicherzustellen betrifft insbesondere eine zumutbare Verbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln aus dem Südburgenland nach Graz zu ermöglichen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die in der Antragsbegründung dargelegten Maßnahmen umzusetzen.